

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

32 (7.2.1906) [Zweites Blatt]

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. —
Abonnementpreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg.,
vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich
60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10. durch den Briefträger
ins Haus gebracht 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postfach: Nr. 8144.
Erscheinenszeiten der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Sozial-Inserate
billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von In-
seraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen
tags zuvor, frühestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden
der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 1 Uhr.

Nr. 32. Karlsruhe, Mittwoch den 7. Februar 1906. 26. Jahrgang.

Erbärmlich war die Strecke!

So treffend der Vergleich, so treffender das Schlagwort jenes preussischen Granden! Das Badende seines Wortes hat Graf Eulenburg-Prassen dieser Tage noch tüchtiger gestaltet, indem er in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, dessen Mitglied er übrigens selbst ist, die Erfolge dieses Verbandes als weit über seine Erwartungen hinausgehend anerkennt. Um so betrübender, daß dennoch die „Strecke so erbärmlich“ war.

Was alles nicht schon gegen die Ausbreitung der Sozialdemokratie unternommen worden ist! Die Verfolgungen in den hiesigen Jahren, dann das Sozialistengesetz nebst kleinem Belagerungszustand vieler Städte und Massenarrestierungen, den Scheinbündnisprozessen, der Lockspindel im In- und Auslande, zugleich die Schein-Sozialreform; was half das alles? Die Sozialdemokratie hat in den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes mehr als eine Million Stimmen gewonnen. Die Strecke war gewiß erbärmlich! Natürlich im Sinne der Eulenburgerei.

Man begann den Kampf mit „geistigen“ Waffen. Eugen Richter warf Verdächtigungen auf Prokuratoren in die Welt, in Massen wurden diese vom Unrechtmertum gekauft und an die Arbeiter verkauft; das gleiche geschah mit den Subelieuten anderer, deren Schmarobertum in der Partei nicht auf seine Rechnung gekommen war; — die Strecke blieb gleich erbärmlich!

Die Gerichte mühten sich, ohne Ausnahmegelei auskommen und sie leisteten ganze Arbeit; Unsummen Höfen aus den Taschen der Sozialdemokraten in die Staatskassen; die langen, längeren und kürzeren Freiheitsstrafen hagelten nur so hernieder auf die Roten, insbesondere auf die Redakteure; zu gewissen Zeiten — es sei nur an den Septemberkurs erinnert! — wurden diese Anstrengungen noch verdoppelt und verdreifacht; die Untersuchungshaft wurde in der grundloseten Weise verhängt. Und doch blieb die Strecke mehr wie erbärmlich; von Reichstagswahl zu Reichstagswahl stieg die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen und — der Kaiserjammer der bürgerlichen und feudalen Welt!

Man griff zu einem neuen Badikalmittel. Der „geniale“ Koller schaffte mit einem Gelehrten die Sozialdemokratie aus der Welt, auf funderinfache Weise: Er erklärte die Partei für einen Verein, ebenso eine Kommission, und die löste er auf, weil sie in Verbindung getreten waren. Aber o weh! Die Sozialdemokratie war dennoch nicht tot, im Gegenteil, sie wurde ihm selbst so unheimlich, daß er seinen Ministerstuhl im Stich ließ und „Schleswig-Holstein meermenschen“ mit seiner Staatsretterei beglückte. Die Strecke war so erbärmlich, daß sie dem Zentrumswörter das Wort vom „Schwieineglück“ der Sozialdemokratie entlockte.

Wortweg hatte man schon wieder zur Klinker der Gehwegung gegriffen. Den § 153 der Gewerbeordnung versuchte man wiederholt zum Erdrosselungsparagrafen des Koalitionsrechts zu machen; vergeblich. Eine neue große Aktion, die Ulmurs-Gesetzvorlage beschaffte 1894/95 den Reichstag, mit dem einzigen Erfolge, daß die bürgerlichen Parteien einander frächtig in die Haare gerieten, um dann den elenden Ulmursgaul mit Haut und Haaren unter dem schallenden Sobngelächter der Sozialdemokratie im Sande zu verscharrten.

Auch diese erbärmliche Strecke verlag die Reaktion wieder: Wenige Jahre später schon sollte die deutsche Gewerkschaftsbewegung durch ein Schutzgesetz erwürgt werden; die Vorlage sollte das Schicksal der Ulmurs-Gesetzvorlage. Und doch ist auch diese niederträchtig erbärmliche Strecke schon vergessen!

Von neuem hat eine Hofschludon-Prozess-Verfolgungen, Verhaftungen, Beschlagnahmen und dergl. eingelegt. Auch der Polizeistraftrat schon in Aktion, so man rüstete lebhaft für den Moment, da man das Militär auf das Volk glaubte loslassen zu dürfen. Trotz der kläglichen Mißerfolge mit dieser Politik der Verfolgung droht die Regierung die Beharrung auf dieser Bahn an; bereits die Strecken noch nicht erbärmlich genug!

Wenn indeß die Eulenburg und Genossen eine weitere Verschärfung dieser Methode nicht nur im Rahmen der gegebenen Gesetze, sondern wieder eine Ausnahmegelei gegen die Sozialdemokratie, d. h. gegen die Arbeiter, fordern, immer stürmischer begehren, die Regierung dazu in aller Öffentlichkeit zu drängen suchen, wenn die Regierung, wie die beharrliche Meldung der Antisozialdemokratischen Korrespondenz beweist, durchaus gar nicht so abgeneigt ist, diesem Druke nachzugeben und nur noch geeignet erscheinenden Momenten zum Einlegen sucht, so könnte man fragen:

Wann denn das Gedächtnis aller dieser beamteten und nicht beamteten Leute gar so kurz? Sind diese Männer denn wirklich so grauhaft unglücklich zu erkennen, daß die Strecke mit jedem Neffeltreiben immer erbärmlicher werden wird? Sind diese Leute durch die Gelei ihrer eigenen Zeit noch nicht belehrt genug, um zu begreifen, daß sie selbst mit ihrer Rücksichtslosigkeit gegenüber den natürlichsten Volkswerten, mit ihrer politischen und ökonomischen eigenmächtigen Interessen-Wirtschaft gegenüber viel mehr Wasserlassen auf die sozialdemokratischen Mühlen treiben, als dieser sonst in so kurzer Zeit zuzulassen würden?

Wer diese Junker so tief einschätzt, der täuscht sich doch über die Fähigkeiten dieser Klasse. Trotz der

geradezu sprichwörtlichen Dicks ihrer Schädel begreifen sie sehr gut ihre Interessen und die Möglichkeiten ihrer Entwicklung wie ihrer Beeinträchtigung. Daß die schönen Zeiten, da sie den Staat als ihre melkende Kuh ansehen können, sich bedenklich ihrem Ende nähern, wissen die Junker ebenso gut, wie daß sie mit den Arbeiterklassen keinen Pakt eingehen können, wie mit der Bourgeoisie, deren kapitalistisches Herz sie immer wieder annehmbaren Vergleichen mit dem Feudalismus geneigt macht.

Und die Bourgeoisie, die ja keine Familientraditionen und Familienrücksichten kennt, die am Staat überhaupt nur das Interesse nimmt, daß er ihre Geldsäcke fruchtbar werden und sich mehren lasse, die in dem Staat selbst nur ein Handelsobjekt erblickt, ist noch weniger wie die Junkerfreie im Zweifel darüber, welchen Weg die Entwicklung der Dinge nimmt, ja daß ihre Unternehmerpraktiken diese Entwicklung zugunsten der Sozialdemokratie beschleunigen.

Wenn trotz alledem die Plutokratie ein neues Treiben auf Notwid will, so nicht, weil sie etwa eine bessere Strecke erwartet, sondern weil sie hofft, daß sie damals das von der Geschichte im wesentlichen bereits vorgesehene Schicksal aushalten könne. Die morlichen Balken des kapitalistisch-feudal-militaristischen Gesellschaftsgebäudes sollen wenigstens die lebende Generation der herrschenden Klassen noch tragen.

Das und nichts anderes ist das Geschrei nach einer „besseren Notwid-Strecke“. Ihr Sinnen und Trachten ist im übrigen:

Nach uns die Sintflut!

Badischer Landtag.

(20. Sitzung.)
Karlsruhe, 6. Febr.

Die allgemeine Finanzdebatte

Dürfte vor Wende nächster Woche kaum zu Ende geführt werden. Es sind jetzt noch 14 Redner vorgezogen. Heute kam als erster der sozialdemokr. Fraktionschef Genosse Adolf Ged zum Wort. Wir bringen die Rede ziemlich ausführlich im Bericht. Genosse Ged kennzeichnet zunächst die Stellung der Sozialdemokratie im Wahlkampf zu den bürgerlichen Parteien und zur Regierung. Sehr treffend charakterisierte unser Redner die Heuschreck des Zentrums, mit der es sich in neuester Zeit nach oben hin zu machen versucht. Ein besonderes Kapitel seiner Rede widmete Genosse Ged dem Ministerium des Innern, dabei die Vorgänge in Rastatt, Karlsruhe, Mannheim und im Uff. behandelnd. Die Antwort des Ministers Schenkel galt zunächst den Ausführungen des Zentrumsführers. Insofern er die Uebergriffe der katholischen Fraktionen gebührend, klang die Worte Schenkel's ziemlich scharf. Im übrigen aber verriet die Rede die heillose Verlegenheit der Regierung, die nicht weiß, mit wem sie es unter den obwaltenden Umständen halten soll. Was Herr Schenkel über die Sozialdemokratie redete, waren lauter „olle Kamellen“. Auf die Vorwürfe, die Genosse Ged gegen das Ministerium des Innern gerichtet hat, will Herr Schenkel bei der Debatte über das Spezialbudget dieses Ministeriums antworten. Nur einen Fall streifte Herr Schenkel, die Verhaftung zweier unserer Genossen, weil sie angeblich das Nichteremplar eines Flugblattes nicht abgegeben hatten. Die Art, wie Herr Schenkel in diesem Fall behandelte, war geradezu skandalös und man wird ihm die Antwort darauf nicht schuldig bleiben. Es ist denn doch etwas anderes, ob man Staatsbürger wegen einer Bagatelle ihrer Freiheit beraubt und sie durch den Gendarmen durch verschiedene Dörfer wie Verbrecher transportiert, als wenn Herr Schenkel sich einen Spatzergang erlaubt. Auch was Herr Schenkel über die sozialdemokratische Presse und ihren Ton zu sagen hatte, war weder neu noch original. Nebenfalls aber ist Herr Schenkel nicht der Mann, der sich als Schullehrer der Presse eignet. Auch darüber wird der Minister noch die nötige Belehrung erhalten.

Herr Obtrichter besprach kurz einige finanzpolitische Angelegenheiten, um dann mit aller Wucht seine Angriffe gegen das Zentrum und gegen den Waldmichel zu richten. Einige Parteien der Obtrichterischen Rede waren sehr treffend, andere wieder recht nationalliberal.

Am Donnerstag kommt zunächst der Abg. Fröhlich zum Wort. Ihm folgen die Abgg. Heimburger, Lehner und Kolb. Wahrscheinlich findet am Donnerstag eine Abendstimmung statt.

schaft gezogen werden soll, namentlich durch den Herrn Kollegen Fehrenbach, gibt uns keinen Anlaß zum Humor, sondern wir müssen lebhaft bedauern, daß nicht eine, möchte ich sagen, höhere Auffassung unserer politischen Tätigkeit und unserer sozialen Mission in diesem Hause platzgegriffen hat. Denn vor allen Dingen muß ich im Namen meiner Parteigenossen dagegen protestieren, als seien wir nicht eine gleichberechtigte Partei, als handle es sich darum, uns wie einen Spielball von der einen nach der anderen Seite hinüber zu werfen und etwa so zu sagen: „Seht einmal, mit der Gesellschaft habt ihr diesmal paktiert, letztes Mal aber waren es die andern!“ Als ob wir nicht das gleiche Recht hätten, im politischen Leben zu beanspruchen, daß wir als anerkannte Partei gelten. Hinter uns in Baden steht eine große Anzahl Wähler und im Deutschen Reich sind wir an Wählerzahl die stärkste Partei.

Auch ich knüpfte an das Resultat des allgemeinen Wahlkampfes an, auf Grund dessen wir hier zum erstenmale verarmelt sind. Die sozialdemokratische Partei kann mit Zufriedenheit auf dieses Plebiszit zurückblicken; sind wir doch schon im ersten Wahlgang aus eigener Kraft in der Stärke wieder erschienen, in der wir zuletzt in diesem Hause anwesend waren. Das Duzend Vertreter, das Sie nun heute vor sich sehen, ist zwar in seiner zweiten Hälfte dem Stichwahlkampf entzogen. Allein, wir haben alle Ursache, mit dem Wahlergebnis des ersten Ganges zufrieden zu sein, insofern, als die Zahl der Stimmen, welche für uns damals abgegeben worden ist, wenn wir das Proportionalwahlverfahren zugrunde legen, ausgereicht hätte, um das Duzend voll zu machen. Freilich hat der Wahlkampf bewiesen, was unsere Partei vorher stets betont hatte: Die Art der Aufstellung des neuen Wahlgesetzes geht auf Kosten der Sozialdemokratie allein. Das Fazit bleibt jedenfalls: Die sozialdemokratische Partei hat bei der Umgestaltung des Wahlrechts die Rechte zu bezahlen gehabt. Wenn die 20000 Stimmen, die gegenüber der Reichstagswahl für uns weniger abgegeben worden sind, wohl auch zu einem kleinen Teil der lebhaften Agitation, die insbesondere die Zentrumspartei in den Arbeiterkreisen durchführte, zugerechnet ist, so ist doch nachweisbar, daß hauptsächlich der Rückgang der Stimmen darauf zurückzuführen ist, daß man einem großen Teil der Arbeiterkraft durch Verkaufserlösen des neuen Gesetzes das Wahlrecht entzogen hat.

Lassen Sie mich auch gleich hinzufügen, daß mit dem allgemeinen Wahlrecht unverzüglich verknüpft werden sollte die Neuregelung der Diätenfrage. Ich meine, daß dieselbe auch in diesem Stadium der Debatte schon abgehandelt und in dem Sinne entschieden werden sollte, daß das Entgelt für die Anwesenheit und für die Tätigkeit aller Mitglieder der Kammer gemäß wird und daß auch ein unentgeltlicher Gebrauch der Eisenbahn allen ohne Unterschied im gleichen Maße angeteilt werden sollte. Es wird Ihnen nach der Richtung jedenfalls in nächster Zeit ein Antrag unterbreitet werden.

Was nun unser

Stichwahlbündnis mit dem Vlod

anbelangt, so möchte ich zunächst die Ausführungen des Herrn Kollegen Bing richtig stellen. Der Abg. Eichhorn hat Stoff gegeben zu unberechtigten Angriffen, weil er seine Ansicht, mit der er in unserer badischen Partei wohl ziemlich bereinigt dastehet, dahin äußerte, daß dieses Zusammengehen meiner Partei mit dem Vlod aus gesehen wäre, wenn auf der anderen Seite kein Entgegenkommen gezeigt worden wäre. Ich gebe Ihnen gern zu, daß solche Auffassungen in unserer Mitte existieren. Allein dies ist der Ausdruck einer Minorität; die offizielle Parteileitung und das dazu eingeleitete Wahlkomitee hat jedenfalls dem Grundgedanken geheißen, daß das Verhältnis ein gegenseitiges sein muß, daß man empfangen und geben soll, so daß bis zum letzten Augenblick sogar die genaue Abgrenzung zwischen Geben und Nehmen auf einige Schwierigkeiten gestoßen ist. So lagen die Verhältnisse; ich möchte also dringlich bitten, den ferneren Debatten und Ausführungen diese meine offizielle Erklärung zugrunde zu legen.

Da ich gerade am Berichtigen bin, so möchte ich mich auch mit der Neuerung des Herrn Staatsministers beschäftigen, die ihn gestern veranlaßt hat, unserem verehrten Herrn Präsidenten einen verbletten Vorwurf daraus zu machen, weil der Präsident meinen Kollegen Eichhorn nicht zur Ordnung gerufen hatte, als dieser in der Begründung seiner Interpellation über die Steuerborlage nach dem Ministerische hin die Bemerkung gemacht hatte, es müßte der Präsident des Finanzministeriums „ausgeschickt“ werden. Wie wir alle das Wort verstanden und aufpassen mußten, hat mein Kollege Eichhorn sich einen Scherz erlaubt auf Kosten des Zentrums bezw. der Zentrumspresse. Sie wissen alle, daß in jenem Augenblick der Pfälzer Vole die Ausschiffung eines anderen Herrn des Ministeriums beantragte, was allgemeine Heiterkeit auch am Ministerische erregte. Diese fröhliche Stimmung veranlaßte meinen Kollegen Eichhorn, zu sagen: ja, wenn nun einmal das Zentrum denn doch den Charon spielen will und das Ruder in der Hand hat, so ist es ja besser, wenn Sie den Herrn Finanzminister mitnehmen, aber ohne Geldbeutel, weil der Schatzmeister zu sehr den Namen auf das Portemonnaie des Staates zu drücken liebt. Allein, ich stehe nicht an, zu sagen, wenn auch mein Kollege Eichhorn diese Neuerung allen Ernstes gemacht hätte, so hätte der Herr Staatsminister, unserer Auffassung nach, nicht das Recht, aus diesem Anlaß in die Geschäftsordnung dieses Hauses, wenn auch nur mit einem frommen Wunsche, fortrigierend einzugreifen. (Sehr richtig!) Gegen ein solches Eingreifen müßten wir uns als Volksvertreter auf das entschiedenste ver-

wahren. So sehr wir diesen Versuch der Neuheit des Herrn Staatsministers auf seinem Eise zu gute halten, so sehr müssen wir denn doch sagen, in diesem hohen Hause sind wir, was die Handhabung der Geschäftsordnung anbelangt, souverän. Wenn wir einen Wunsch hätten an unseren Herrn Präsidenten, der ja auch ein Neuling auf seinem Eise ist, so ginge er nach der anderen Richtung: Wir möchten ihm raten, nicht gar zu ängstlich zu sein. (Sehr richtig!) Wenn einmal da und dort ein bißchen frächtig hineingehauen wird.

Das mag uns der verehrte Herr Präsident des Finanzministeriums nicht verübeln, wenn wir nach einem Finanzminister rufen sollten, der steuertechnisch solbenter ist als der jetzige, zumal dieser Wunsch in einem großen Teil des badischen Volkes vorhanden ist. Das Volk will haben, daß eine andere Wirtschaft erfolgt. Es sind nicht die Ulmursblätter, sondern die ganz überwiegend große Masse des Volkes, die da sagt, mit der Finanzwirtschaft können wir nicht mehr weiter machen. (Sehr richtig!) Im großen und ganzen ist das Bedürfnis bei den im Staate angestellten Beamten und Arbeitern vorhanden, eine ganz andere Existenz zu führen. Wenn der Staat in der Person seines Finanzministers erklärt, das können wir nicht, was bleibt uns dann übrig, um einen Ausgleich zu finden, als zu sagen, es wird doch noch andere Leute geben, die im Stande sind, allen den gerechten Wünschen der Allgemeinheit entgegenzukommen. (Fortf. folgt.)

Minister Schenkel wendet sich einleitend gegen Fehrenbach, der behauptet, daß bei den Wahlen der antiliche Apparat in Bewegung getreten und daß der Minister des Innern nicht mehr unparteiisch über den Parteien gestanden. Ueber die Wahlkreisreform habe das Staatsministerium, habe die Kammer beschlossen, jedoch man doch einmal mit den Anträgen gegen seine Person aufhören solle. Einen energischen Protest müsse er aber gegen den Vorwurf erheben, als ob bei Besetzung von Ehrenämtern das Zentrum durch die Regierung vernachlässigt würde. Auf die erste Kammer hätte der Abg. Fehrenbach besser nicht abgehoben; nach Fräglichkeit und nach Bewährung in den öffentlichen Stellen sei hier ausgewählt worden. Fräglich sei aber auch, daß bei den letzten Wahlen die Oberamtmänner irgendwelche Wahlvereinigungen von ihm erhalten hätten, doch hatte er es gar nicht für unvernünftig, wenn solche Männer öffentlich auftraten, wobei natürlich zu vermeiden sei, daß dieselbe keine Amtsgewalt dabei ins Gewicht lege. Es sei auch nicht vorgekommen, daß der Amtsvorstand von Haus zu Haus Wahlzettel verteilt oder daß er gar fröhliche Güter für Wahlen in Aussicht gestellt. Von 63 Oberamtmännern seien tatsächlich 4 in Aktion getreten und was von ihnen abgehoben, könne wohl beantwortet werden, selbst wenn es vorgekommen, daß er einmal mit dem Abgeordneten Benedix politisch zusammengewirkt. Zabeln würde er es, wenn ein Oberamtmann mit einem sozialdemokratischen Führer zusammenhängen verabschiede, doch sei das Zusammenhängen in der Wahlvermittlung ein zufälliges gewesen. Was das bekannte Wahlbündnis betreffe, so sei ernstlich die Meinung nicht aufgetreten, als ob die Regierung bei diesem Wahlbündnis gestanden, wenn man auch zu wirtschaftlichen Gründen dies gern behauptet hätte. Auf diese Weise bringe man ihn auch nicht zur Strecke (Heiterkeit); er sei weder Schwärzer noch Notwid (große Heiterkeit); er sei aber auch kein Däne.

Die Sozialdemokratie sei nicht nur eine Arbeiterpartei, eine tabulare Partei, sondern vor allem eine Klassenpartei, deren Bestrebungen insofern gegen die Verfassung gerichtet seien, als sie sich gegen den Monarchen richten. Die Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie richte sich aber auch gegen die Haltung derselben in nationalen Fragen — derselben gehe das internationale Interesse für das Proletariat über das nationale Interesse. Der größte Teil derselben sei auch nur Mißläufer; wenn man feste, wie sie die Bewegung in Rußland anstünde, dann müsse man sich gegen dieselbe entscheiden wenden und ihr entgegenzutreten. Er müsse aber den Vorwurf zurückweisen, als ob die Regierung auf ungeschickliche, schlanke Weise die Sozialdemokratie behandle.

In der Behandlung der Wahlverfassungen sei die Regierung überaus liberal gewesen, doch müsse man vor Zeit zu Zeit Probeüberwachungen stattfinden lassen, um zu erfahren, ob in den Versammlungen noch ebenso frächtig auf die Regierung geschimpft werde, wie dies tatsächlich Tag für Tag in der Presse geschehe. Was die

Versammlung in Konstanz

betreffe, so müsse er vor allem zurückweisen, als ob Furcht und Gewalt Worte seien, die im Verkehr zwischen den deutschen Bundesstaaten und dem Reiche die Regel bildeten, oder auch nur vorlämen. Furcht und Gewalt werde ganz wo anders ausgeübt, als bei den Verhandlungen — er erinnere an die sozialdemokratischen Redakteure, die der Furcht und Gewalt gewichen. (Heiterkeit.) Die einzelnen Punkte würden bei dem Spezialrat erörtert werden, doch müsse er hervorheben, daß nicht unbillig, wenn vielleicht auch etwas zu streng das Gesetz gehandhabt werde.

Redner erklärt, daß er dem bekannten Artikel der Karlsruher Zeitung vollständig zustimme, er beweise aber auch nicht, daß einfluss der Tag kommen werde, wo die bürgerlichen Parteien zusammenrücken würden. Als die Staatsregierung erkannt, daß der erste Artikel der Karlsruher Zeitung viel zu mißverständlich, habe er den Artikel vom 26. Oktober in der Karlsruher Zeitung geschrieben, wie auch nach dem Stichwoh in die Regierung ihre Stellung zu diesem Bündnis festgelegt.

Nichts anderes habe auch der Reichstagsrat mit seiner Herrenhausrede bezweckt. Er hoffe, daß die Klut zwischen den Parteien sich schlichten werde, auf die Dämmern der Wahlen folge der letzte Tag.

Präsident Willens ruft den Abg. Süßkind zweimal zur Ordnung, da er die Bezeichnung „der Bar bei ein Wörter“ mit dem Zusatz „sehr richtig!“ begleitet und bei einer Bemerkung des Ministers ausgerufen: „Das heißt man Schindluder treiben!“

Abg. Obtrichter (natl.) bedauert einleitend, daß dem gegenwärtigen Antrag kein Gegenwort über Genäu-

26 Pfg.
32 "
38 "
42 "
68 "
65 "
2.50
14.75
1.90
6.50
7.50
7.25
181.
Marken
rotzdem
folgt.
490
3.35 Mk.
3.95 Mk.
1.12 Mk.
1.68 Mk.
2.35 Mk.
26 Pfg.
moderne
38 Pfg.
1.65 Mk.
39 Pfg.
tt
llen
me.
gn,
f
5 M
5 M
5 M
5 M

